

Cottbus, 20.07.2017

Anfrage der Fraktion AfD zur Stadtverordnetenversammlung am 27.09.2017

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Kelch,

die rot-rote Landesregierung hat den Antrag der Stadt Cottbus auf Zuzugssperre für Migranten abgelehnt.

Sind mit der Ablehnung des Antrages der Stadt Cottbus alle Rechtsmittel erschöpft?

Mit der Ablehnung wird zu Lasten Dritter über die Köpfe der gewählten Stadtverordneten eine finanzielle Belastung angeordnet, die mit dem Recht auf kommunale Selbstverwaltung schwer in Einklang zu bringen ist.

Mit freundlichen Grüßen

Marianne Spring-Räumschüssel
Fraktionsvorsitzende AfD Cottbus